

# „Fake News“ und „alternative Fakten“ - Medien, Politik und Populismus

## Deutschland hat gewählt - Analyse der Bundestagswahl 2017

Auf der Basis des umfangreichen Datenmaterials, das von dem Wahlforschungsinstitut *infratest dimap* erstellt und von Dr. Michael Schröder (Akademie für Politische Bildung) präsentiert wurde, ergaben sich die wesentlichen Befunde zum Ausgang der Bundestagswahl 2017.

### Das Ergebnis

Für große Überraschung sorgte das Wahlergebnis, nach dem die CDU/CSU 32,9, die SPD 20,5, die Linke 9,2, die Grünen 8,9, die FDP 10,7 und die AfD 12,6 Prozent der Stimmen erhalten haben. Die deutliche Abweichung des Ergebnisses von den Prognosen vor der Wahl erlaube – so Schröder – den Schluss, dass sich ein großer Teil der Wählerschaft erst unmittelbar vor dem Wahltermin entschieden hatte.

Auffallend seien die gegenüber der Bundestagswahl 2013 großen Verluste bei den Parteien, die in der 18. Legislaturperiode die Große Koalition bil-



Michael Schröder analysierte mit Daten von *infratest dimap* den Ausgang der Bundestagswahl.  
Foto: APB Tutzing

deten. So betrug der Verlust der Union insgesamt 8,6 Prozent, wobei der Verlustanteil der CSU sogar bei 10,5 Prozent lag. Die SPD musste einen Verlust von 5,2 Prozent hinnehmen. Des Weiteren wurde ersichtlich, dass die CDU/CSU, die SPD, die Grünen und die FDP in Ostdeutschland deutlich schlechter als in Westdeutschland abschnitten. Im Unterschied dazu zeigten die Ergebnisse der Linken mit 17,8 Prozent und der AfD mit 21,9 Prozent, dass die politischen Ränder in Ostdeutschland erheblich stärker als in Westdeutschland besetzt sind. So

kann in Ostdeutschland die ehemals Große Koalition von CDU (27,6 Prozent) und der dort nur noch auf Platz vier stehenden SPD (13,9 Prozent) mit einem gemeinsamen Stimmenanteil von 41,5 Prozent nicht einmal mehr eine absolute Mehrheit bilden.

Ob das gute Ergebnis der AfD im Bundesdurchschnitt tatsächlich einen politischen „Rechtsruck“ bedeute, wurde von Michael Schröder in Frage gestellt, da die Wahlentscheidung der AfD-Wähler lediglich zu 31 Prozent aus Überzeugung und zu 61 Prozent aus einer Protesthaltung heraus getroffen wurde.

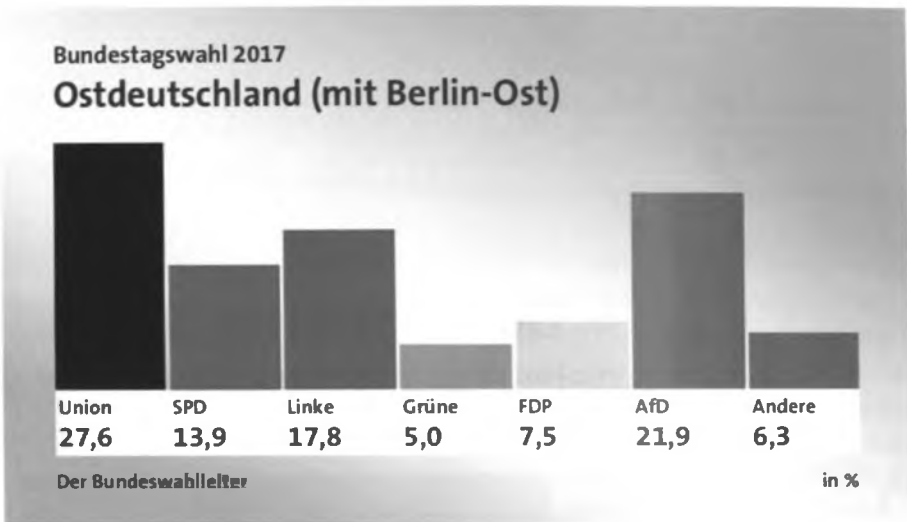
### Ambivalente Grundstimmung

Schröder erläuterte weiter, dass *infratest dimap* das Wahlergebnis auf eine „ambivalente Grundstimmung“ in der Bevölkerung zurückführte. So wurde die wirtschaft-



Grafiken: *infratest dimap*

liche Lage in Deutschland von einem Großteil der Wähler mit 84 Prozent als gut bis sehr gut beurteilt. Lediglich etwa 10 Prozent der Wähler waren der Meinung, dass der Themenkomplex „Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt“ ein vordringlich zu lösendes Problem darstelle. Diese Grundstimmung in der Bevölkerung hätte eigentlich gute Chancen für ein besseres Wahlergebnis der ehemaligen Regierungsparteien geboten. Demgegenüber müsse das tatsächliche Wahlergebnis vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit und des Unbehagens interpretiert werden, dass der Bereich „Flüchtlinge/Einwanderung/Ausländer/Integration“ als der mit deutlichem Abstand wichtigste und vordringlich zu lösende politische Problembereich in Deutschland genannt wurde.



Weiter sei die Grundstimmung in der Bevölkerung durch ein Bündel von Befürchtungen geprägt. Beispielsweise machten sich die Menschen große bzw. sehr große Sorgen, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet (70 Prozent), dass die Kriminalität künftig massiv zunimmt (62 Prozent) und dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird (46 Prozent).

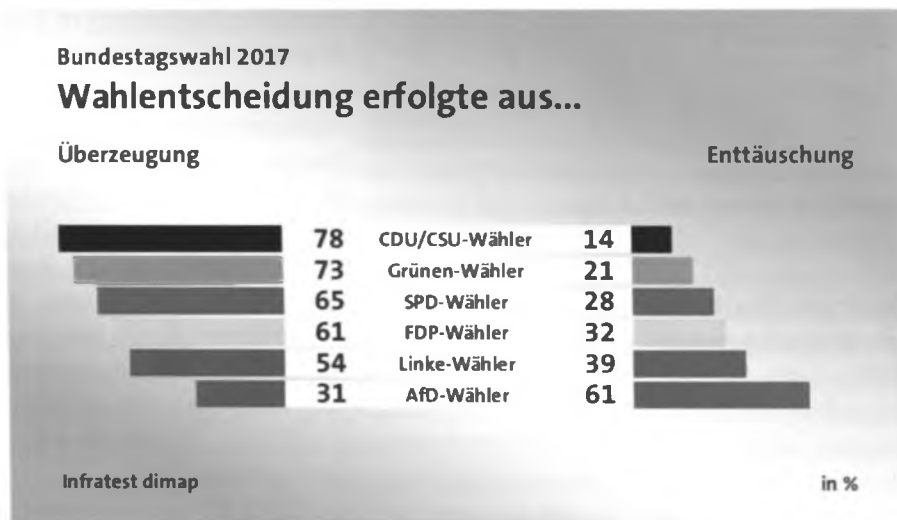
Teilweise widersprüchlich erschien der Befund, dass 90 Prozent der Wahlberechtigten für eine schnelle und konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber eintreten und 71 Prozent eine dauerhafte Begrenzung der Flüchtlinge befürworten, während 79 Prozent der Wahlberechtigten dafür plädieren, dass für deren Integration mehr getan werden müsse.

Trotz dieser kritischen Einschätzungen wünscht sich mit 71 Prozent ein Großteil der

Bevölkerung auch zukünftig ein weltoffenes Land, wohingegen 27 Prozent sich dafür aussprechen, dass nationale Grenzen wieder eine größere Rolle spielen sollten.

### Die „Große Zentrumskoalition“ und die asymmetrische Mobilisierung

Mit der Steigerung der Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent auf nunmehr 76,2 Prozent gingen schwere Verluste der Großen Koalition einher. So betragen die Zweistimmenanteile der CDU/CSU und SPD zusammen nur noch 53,4 Prozent, wobei der Anteil in Ostdeutschland nur bei 42 Prozent liege. Laut Michael Schröder könne man nicht mehr von einer



Das Wahlergebnis lieferte den auffallenden Befund, dass die Wählerschaft der Parteien die Frage nach der gerechten Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands in Deutschland weitestgehend negativ beantwortete (Werte zwischen 63 und 95 Prozent). Dieses Ergebnis verschärfte sich noch in der Folgefrage, ob sich die Bundesregierung in den letzten Jahren bemüht habe, den Wohlstand fairer zu verteilen. Hierbei liegt die negative Beurteilung bei den Wählern aller Parteien (mit Ausnahme der CDU/CSU) sogar zwischen 85 und 100 Prozent. Berücksichtigt man, dass die SPD die Politik der Großen Koalition in den letzten vier Jahren mitgestaltet hat, erscheint es umso erstaunlicher, dass bis zu 96 Prozent der SPD-Wähler diese Unzufriedenheit teilen.

„Großen Koalition“ sprechen, sondern lediglich von einer „Regierungsmehrheit“. Wie sich in der anschließenden Diskussion zeigte, blieb offen bzw. nicht nachvollziehbar, warum *infratest dimap* diesen

darlege, wie sie dies erreichen wolle. 74 Prozent der Wahlberechtigten gingen davon aus, dass der SPD ein zentrales Thema fehle, mit dem sie die Menschen begeistern könne. Die Ursache für deren Schwäche wurde von ihrer Anhänger-schaft zu 75 Prozent darin gesehen, dass sie sich nicht klar genug gegen die Kanzlerin positioniert habe. Nur 25 Prozent der SPD-Anhänger stimmten jedoch der Aussage zu, Martin Schulz sei als Kanzlerkandidat nicht überzeugend gewesen.

Es wurde ein von der Flüchtlingsproblematik geprägtes Stimmungsbild skizziert, das letztlich zum Erfolg der AfD beitrug. 100 Prozent der AfD-Wähler waren der Ansicht,

Deutschland hat gewählt

**Ansichten zum Thema Zuwanderung und Integration**



Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen zum Thema „Zuwanderung und Integration“. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland. Quelle: Vollerhebung zur Bundestagswahl 2017. Werte in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent. Stimme eher nicht zu = weiß nicht, keine Angabe.

Befund mit der Begrifflichkeit „Große Zentrumskoalition“ kennzeichnete.

Die mit den Verlusten der Mitte verbundene „Stärkung der Ränder“ erfolgte über alle Altersgruppen und sozialen Schichten hinweg. Auffallend hoch waren die Stimmenanteile unter den Erst- und Jungwählern (18 bis 24-Jährige) bei der Linken und der AfD. Der bislang vorherrschende Zusammenhang zwischen „(Christlicher) Religionszugehörigkeit“ und Unions-Stimmenanteil hat sich aufgelöst.

**Unklares SPD-Profil**

Hinsichtlich einiger Aussagen zur Union stimmten etwa Zweidrittel der Wahlberechtigten darin überein, dass sich mit der CDU/CSU die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet habe, dass die beiden Schwesterparteien nicht mehr so gut zusammenpassten und Horst Seehofer mit seinem Verhalten gegenüber Angela Merkel die Union geschwächt habe. Demgegenüber sahen die CDU/CSU-Anhänger in der Kanzlerin ihr wichtigstes Argument, die Union zu wählen (70 Prozent). Sie sei der Garant dafür, dass es den Deutschen gut gehe (78 Prozent). Bei der SPD fiel auf, dass 80 Prozent der Wahlberechtigten der Aussage zustimmten, dass die SPD zwar sage, sie wolle soziale Gerechtigkeit, aber nicht genau

Deutschland hat gewählt

**Machen Sie sich Sorgen, dass...**



Machen Sie sich sehr große Sorgen, große Sorgen, wenig Sorgen oder gar keine Sorgen, dass...  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland. Quelle: Vollerhebung zur Bundestagswahl 2017. Werte in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent. (Wenig) Sorgen = gar keine Sorgen = weiß nicht, keine Angabe.

dass abgelehnte Asylbewerber schneller abgeschoben werden sollten. 97 Prozent hatten die Sorge, dass der Einfluss des Islam immer stärker würde und sich das Land dadurch zu stark verändere. 89 Prozent plädierten dafür, dass die Zahl der Flüchtlinge auf Dauer begrenzt werden soll.

Michael Schröder vertrat die These, dass mit der AfD erstmals seit den 1950er Jahren eine rechtsradikale Partei mit extremistischen (völkischen, nationalistischen, anti-europäischen und antipluralistischen) Zügen in den Bundestag eingezogen ist. So nehme auch die Spaltung der Gesellschaft zu. Eine problematische Entwicklung ergebe sich, wenn aus dem Protestpotential Überzeugungen würden und die AfD ein charismatisches und weniger extremistisches Personal präsentieren würde.

*Prof. Dr. Andreas Brunold, Universität Augsburg  
 PD. Dr. Bernhard Ohlmeier, Universität Augsburg*